

Zur Aktualität der SMK-Theorie

von Beate Landefeld

Ich möchte zu 3 Punkten sprechen: (1) Was versteht man unter SMK? (2) Zum SMK der BRD und (3) zur Frage der „Keimformen eines internationalen SMK“, von denen oft die Rede ist.

Teil 1: Was versteht man unter SMK?

Die Theorie des SMK macht Aussagen zur ökonomischen Kernstruktur des heutigen Kapitalismus, zu seiner politischen Regulierung und zum Verhältnis von Kernstruktur und Regulierung.

Die Aussagen zur Kernstruktur basieren auf der Akkumulationstheorie von Marx und Engels. Lenin entwickelte sie weiter zur Theorie des Monopols: Konzentration und Zentralisation des Kapitals führen mit Notwendigkeit zu einem Punkt, an dem die Konkurrenz ins Monopol umschlägt. Um 1900 herum kam es zur dauerhaften Strukturdivergenzierung des Gesamtkapitals in Monopole und nichtmonopolistisches Kapital.

Nach der marxistischen Definition sind Monopole Produkt der Erhöhung des Vergesellschaftungsgrads der Produktion, die notwendig zur Beherrschung bestimmter Zusammenhänge des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses führt und dadurch die Aneignung von Monopolprofit ermöglicht.[\[1\]](#)

Monopole verneinen die Konkurrenz, bewegen sich aber im „Milieu der Konkurrenz“. Im Monopolkapitalismus existieren unterschiedliche Formen der Konkurrenz: die monopolistische Konkurrenz findet zwischen Monopolen statt oder auch innerhalb von Monopolen um die Macht im Konzern (zum Beispiel bei „Übernahmeschlachten“); sie ist auch Konkurrenz gegen das nichtmonopolistische Kapital; daneben existiert weiterhin die freie Konkurrenz sozusagen als Unterbau der Monopole, wenngleich nicht unverzerrt durch den „Monopolüberbau“. Lenin sagte dazu:

„Nirgendwo in der Welt hat der Monopolkapitalismus ohne freie Konkurrenz in einer ganzen Reihe von Wirtschaftszweigen existiert und wird er je existieren [...] Sagte Marx von der Manufaktur, sie sei ein Überbau über der massenhaften Kleinproduktion gewesen, so sind Imperialismus und Finanzkapitalismus ein Überbau über dem alten Kapitalismus. Zerstört man seine Spitze, so tritt der alte Kapitalismus zutage.“[\[2\]](#)

Wir haben also auf der einen Seite eine Verstärkung von Elementen der Planung in Form der monopolistischen Beherrschung bestimmter Zusammenhänge des Reproduktionsprozesses und auf der anderen Seite das Weiterbestehen der Anarchie des Marktes. Mehr noch: Weil die Monopole sich in den Krisen der Kapitalvernichtung weitgehend entziehen können, schwächen sie die Selbstregulierungskräfte des Kapitalismus, die reinigende Wirkung der zyklischen Krisen. Sie verursachen, wie Lenin sagt, eine Reihe neuer, „besonders krasser Widersprüche“. Die Überakkumulation[\[3\]](#) wird zu einer chronischen Erscheinung. (Ausdruck davon: Anlagenotstand, Überkapazitäten)

Die Herausbildung des Monopolkapitalismus erfolgte als Antwort der herrschenden Klasse auf die Tendenz zur Vergesellschaftung der Produktion: Der Einzelkapitalist wurde abgelöst durch die Aktiengesellschaft. Die Trennung von Kapitaleigentum und Verfügung setzte sich

durch und mit ihr die Herrschaft des Geldkapitals. Geldkapital und Industriekapital verbanden sich zum modernen Finanzkapital.

Das Monopol ist die höchste Stufe der Vergesellschaftung, die unter Bedingungen des Privateigentums möglich ist. Der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung wird durch das Monopol nicht gelöst. Er erhält eine neue Bewegungsform, die ihn auf höherer Stufe reproduziert.

Die Schwächung der spontanen Regulierungsmechanismen erfordert deren ständige Ergänzung durch staatliche Regulierung. Marx: Das Monopol „fordert die Staatseinmischung heraus.“ Lenin entwickelte dafür den Begriff des staatsmonopolistischen Kapitalismus.

Er hat sich historisch in Schüben durchgesetzt: Zunächst in der Kriegswirtschaft der beiden Weltkriege. Nach 1945 erfolgte die volle Durchsetzung des SMK als Konsequenz aus der Weltwirtschaftskrise 1929ff und unter dem Anpassungszwang, unter dem die Bourgeoisien standen, aufgrund der für die Arbeiterklasse günstigen internationalen Kräfteverhältnisse. (Stichwort: Systemkonkurrenz)

Jörg Huffschild hat die Rolle des Staates im SMK wie folgt beschrieben: „Ein großer Teil des Staatsapparates befasst sich mit ökonomischer Steuerung, staatliche Politik ist zum erheblichen Teil wirtschaftliche Politik, die Staatsquote liegt bei einem Vielfachen des Wertes von vor 80 Jahren. Dieser steigende Staatsinterventionismus hängt mit der Entwicklung der Produktivkräfte und gesellschaftlichen Arbeitsteilung, der damit verbundenen zunehmenden Komplexität und Vergesellschaftung des ökonomischen Prozesses sowie mit der Notwendigkeit zusammen, durch sozialpolitische Maßnahmen das erforderliche Minimum an gesellschaftlichem Zusammenhang, Akzeptanz und Ausgleich zu gewährleisten.“

Huffschild schrieb das 1996 und bezog es explizit auch auf die neoliberale Phase der staatsmonopolistischen Regulierung. Nach seiner Ansicht ging es bei der damaligen Deregulierungsdiskussion „nicht um das Ob, sondern um die Richtung der Regulierung, und bei der ‚Entstaatlichungsdiskussion [...] um die Verringerung der Staatsquote von 50% auf 45% [...] nicht um radikalen Rückzug des Staates aus der Wirtschaft überhaupt.“^[4] (Staatsquote = Anteil am BIP, der durch die Hand des Staates geht, bei uns 45- 48%, Frankreich 56%)

In der Art und Weise der staatsmonopolistischen Regulierung gibt es zum einen länderspezifische Varianten, z. B., eine privatmonopolistische Variante in Deutschland und eine mehr etatistische Variante in Frankreich. Die länderspezifischen Varianten hängen ab von der Stellung des Landes in der internationalen Arbeitsteilung und in der weltwirtschaftlichen Hierarchie, aber auch von historischen Traditionen und Klassenverhältnissen.

Zum anderen gibt es unterschiedliche historische Phasen des SMK, wie die eher keynesianistisch geprägte Phase 1945-75 und die neoliberale Phase danach. Auch darin spiegeln sich Veränderungen im Kräfteverhältnis der Klassen. 1945-1975 hatte die Arbeiterklasse eine starke Stellung, bedingt durch den Wiederaufbau und die Systemkonkurrenz. Nach der Krise 1974/75 setzten die Bourgeoisien Schritt für Schritt den Neoliberalismus als reaktionären Ausweg durch. Das geschah im harten Klassenkampf von oben. GB und die USA gingen dabei voran.

Zum Verhältnis von ökonomischer Struktur und Regulierung: Es gab früher die Formel, wonach im SMK „Staat und Monopole zu einem einheitlichen Machtmechanismus“ verschmelzen. Doch wie funktioniert ein solcher „Machtmechanismus“? Um funktionieren zu können, muss der bürgerliche Staat auch im SMK komplexe, in sich widersprüchliche Aufgaben erfüllen. Er muss zumindest vier Aspekten Rechnung tragen:

- Erstens, ist er ideeller Gesamtkapitalist. Dabei wird er primär die Interessen der Großkonzerne – schon allein wegen deren überragender volkswirtschaftlicher Bedeutung – im Auge haben und, wenn man so will, als „ideeller Gesamtmonopolist“ agieren. Doch muss er dem Monopolkapital auch eine loyale politische Massenbasis erhalten, das heißt zum Beispiel, dass er auch Mittelstandspolitik machen muss.
- Zweitens, der Staat ist wie eh und je Instrument der Klassenherrschaft.
- Drittens, ist er Verdichtung von Kräfteverhältnissen.

Diese drei Aspekte enthalten widersprüchliche Interessen: Die Kapitalisten haben konkurrierende Interessen und die Klassenherrschaft der Bourgeoisie kann nur gesichert werden, wenn auch den Kräfteverhältnissen im Klassenkampf Rechnung getragen und ein genügender Teil der Beherrschten in die Interessen des Kapitals eingebunden wird. Aus den Widersprüchen ergibt sich

- viertens eine relative Selbständigkeit des Staates. Diese schließt nicht aus, dass der Staat ab und zu als direktes Instrument ganz bestimmter Monopole oder Monopolgruppen agiert, aber im Schnitt wird er das übergeordnete Gesamtinteresse der herrschenden Klasse verfolgen und es als „Allgemeininteresse“ darstellen.

Teil 2: Besonderheiten des SMK der Bundesrepublik

Die deutsche Wirtschaft ist monopolistisch strukturiert:

Es gibt insgesamt etwa 3 Millionen steuerpflichtige Unternehmen. Davon sind 99,7% kleine und mittlere Unternehmen, die etwa 38% aller Umsätze erbringen. Nur 0,3% sind Großunternehmen, die aber 62% der Umsätze erbringen. Im Schnitt kommen so auf 1000 Unternehmen 3, die knapp 2/3 der Umsätze dieser 1000 erwirtschaften. Diese 0,3% kann man als Konzerne betrachten, die Monopole sind oder deren Konkurrenz sie „dicht an das Monopol“ herangeführt hat. [etwa 9000 Unternehmen]

Bei der Verteilung der 500 größten Konzerne der Welt auf die Länder belegt die BRD den vierten Platz nach den USA, Japan und China. VW ist unter den drei größten Autokonzernen der Welt. Typisch für die deutschen Konzerne ist, dass sie stark „international aufgestellt“ sind. Dank ihrer Präsenz vor allem in den USA, China, Indien, Russland und Brasilien können sie derzeit auch die Nachfrageschwäche in der EU besser als etwa die französische Konkurrenz wegstecken.

Die staatliche Regulierung ist der Export- und Weltmarktorientierung untergeordnet: Bundesbank und Regierung setzen auf „Stabilitätspolitik“. Ziel ist die Minimierung der Arbeitskosten und der Aufwendungen für Soziales, Kultur und Ökologie. Die „Stabilitätspolitik“ gilt der deutschen Bourgeoisie traditionell als Erfolgsbedingung für ihre

Exportenerfolg, ob unter Erhard, Schmid, Kohl, Schröder oder Merkel. Eine kurze Unterbrechung durch ein paar Jahre Keynesianismus gab es nur nach der Krise 1967 bis zur „Reformära“ der Regierung Brandt. (Spezifikum extreme Exportabhängigkeit)

Außenpolitisch engagieren sich die deutschen Regierungen gegen Protektionismus, für freien Zugang zu allen Märkten. Neben dem EU-Binnenmarkt sind das vor allem der US-Markt und die Märkte der BRIC-Staaten. Mit ihren Exportüberschüssen hat die BRD zu den Ungleichgewichten in der Weltwirtschaft beigetragen. In der EU und bei den G20 ist sie daher immer wieder der Forderung ausgesetzt, mehr für den Binnenmarkt zu tun. Im Gegensatz dazu hat Berlin in der EU den Fiskalpakt durchgesetzt, der die stärkere Überwachung und Bestrafung von „Schuldensündern“ vorsieht. [TAFTA]

Staatsmonopolistische Regulierung erfolgt in der BRD hauptsächlich über staatliche Umverteilungspolitik, über Notenbanken, Aufsichts- und Wettbewerbsbehörden sowie über Förderprogramme, Steuerpolitik und Subventionen.

Staatseigentum gibt es heute vor allem im Bankensektor. Bei Post, Telekom und Bahn ist der Staat noch Großaktionär. Die Privatisierungen in diesen Bereichen dienen der Herausbildung von „Global Players“. Im Energiesektor hat kommunales Eigentum wieder leicht zugenommen. Die jüngste Krise erzwang Verstaatlichungen und Konsolidierungen vor allem im Finanzsektor sowie die Bildung von „Rettungsfonds“, wie den Unternehmensrettungsfonds, den SoFFin[5] und die Beteiligung am ESM.

Entsprechend der Differenzierung des Gesamtkapitals ist die Monopolbourgeoisie die dominante Gruppe der Bourgeoisie. Aus dieser immer noch recht großen[6] Gruppe heraus rekrutiert sich ein kleinerer Kreis von „Entscheidern“, eine Oligarchie aus Milliardären, Spitzenmanagern, Verbandsspitzen, Parteiführern und hohen staatlichen Funktionären (staatsmonopolistische Oligarchie, „Deutschland-AG“, Finanzoligarchie).

Die ökonomische und politische Herrschaft dieser Oligarchie setzt sich über ein dichtes Geflecht von offiziellen und inoffiziellen Konsultations- und Entscheidungsgremien um: Personalunion in Aufsichtsräten von Konzernen[7], Wirtschaftsverbände, gemeinsame Ausschüsse von Politik und Wirtschaft, Stiftungen, Forschungsinstitute, die gemeinsame Beraterbranche, gemeinsame Schirmherrschaften und Ehrenämter in Kultur und Sport, Karriere-Drehtüren zwischen Politik und Wirtschaft sorgen für kontinuierliche Kommunikation des immer gleichen Personenkreises.[8]

Die Spitzen aller großen Unternehmerverbände[9] sind durchweg mit Monopolvertretern besetzt. Auf ihren jährlichen Verbandstagen erläutert die Bundeskanzlerin ihre politischen Vorhaben. Dazwischen existieren zahlreiche Ebenen der Konsultation und Zusammenarbeit bis hin zur Erarbeitung von Gesetzesvorlagen durch Unternehmerverbände. Eine wichtige Rolle spielt seit Jahrzehnten der Wirtschaftsrat der CDU/CSU, dem allein mehr als 10000 Unternehmer angehören und dessen „Wirtschaftstag“ das Handelsblatt als „Jahreshauptversammlung der deutschen Wirtschaft“ bezeichnet.[10]

Zentrale Netzwerke und Think Tanks wie die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik oder die Stiftung Wissenschaft und Politik befeuern die Meinungsbildung und den strategischen Diskurs der Bourgeoisie.

- Die DGAP assistiert „bei der wissenschaftlichen Vorbereitung, der kritisch-konstruktiven Begleitung und der auch öffentlichen Erläuterung der deutschen Außenpolitik“.

Ihr Vorsitzender Arend Oetker ist nebenbei stellvertretender Vorsitzender der Fritz Thyssen Stiftung. Die Creme de la Creme der deutschen Konzerne ist an der Förderung von Projekten beteiligt.[\[11\]](#)

- Die Stiftung Wissenschaft und Politik führt „wissenschaftliche Untersuchungen auf den Gebieten der internationalen Politik, der Außen- und Sicherheitspolitik“ durch, „mit dem Ziel der Politikberatung“. Einst durch den BND gegründet, hat die SWP zu Geheimdienst und Bundeswehr enge Kontakte.[\[12\]](#) Der Präsident Hans-Peter Keitel war bis 2013 BDI-Chef. Dem Stiftungsrat gehören ferner an: der Leiter des Planungsstabes im Auswärtigen Amt, Staatssekretäre der Ministerien für Verteidigung, Entwicklung, Inneres und Bildung sowie Vertreter der Deutschen Bank und der Otto GmbH.[\[13\]](#)

Eine ebenfalls monopolisierte Medienlandschaft trägt zur politischen, ideologischen und kulturellen Hegemonie der Monopolbourgeoisie bei. Man denke an die Rolle des Hauses Springer beim Auswechseln des Bundespräsidenten.

Ebenso funktioniert Hegemonie natürlich auch über Zugeständnisse an Teile der Bevölkerung. So ist vor allem die eingespielte „Sozialpartnerschaft“ ein wichtiger Wettbewerbsvorteil des SMK der Bundesrepublik.

Konnte man sie in der ersten Phase 1945-75 noch als Klassenkompromiss auf der Basis eines Kräfteverhältnisses sehen, das der Arbeiterklasse die Durchsetzung von sozialen und Mitbestimmungsrechten möglich machte, so entwickelte sie sich im Zuge des neoliberalen Umbaus im Bereich der Exportindustrien zum Wettbewerbskorporatismus, zum Co-Management zwecks Stärkung der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Konzerne. Diese Kräfteverschiebung zugunsten des Kapitals war auch eine Folge von Strukturveränderungen, die den industriellen Kern der Arbeiterklasse verkleinerten und sie in ehemals kämpferischen Sektoren wie Stahl und Bergbau dezimierten. Hinzu kam die Spaltung in Stammebelegschaften, Prekarierte und Arbeitslose.

Politisch besiegelt wurde die Niederlage der Arbeiterklasse mit dem Übergang von SPD und Grünen zum Neoliberalismus und mit dem Unvermögen oder mangelnden Willen der Gewerkschaften, die Agenda 2010 durch Mobilisierung ihrer Mitglieder zu verhindern.

Teil 3: Internationaler SMK?

Die gleiche Vergesellschaftungstendenz, die zur Herausbildung von Monopolen und des SMK geführt hat, liegt auch der Internationalisierung der Produktion zugrunde: Die Überakkumulation, die im vormonopolistischen Kapitalismus in den zyklischen Krisen bereinigt wird, wird im Monopolkapitalismus zur ständigen Erscheinung. Sie ist materielle Grundlage des Kapitalexports und der Internationalisierung der Produktion.

Von chronischer Überakkumulation, das heißt einem Zustand, in dem mehr Kapital produziert wird, als sich profitabel verwerten lässt, spricht schon Friedrich Engels. Für Rudolf Hilferding, Rosa Luxemburg, Bucharin und Lenin ist sie eine der Grundlagen des Imperialismus. Zwischen der Weltwirtschaftskrise 1929ff und der Krise 1974/75 wurde die chronische Überakkumulation durch die Vernichtungen der Weltkriege, durch Wettrüsten und Wiederaufbau „abgesaugt“. Seit der Krise 1974/75 ist sie jedoch wieder zur ständigen

Erscheinung geworden und die wichtigste Ursache für die überdimensionale Aufblähung des Finanzsektors.

Die heute vorherrschenden Formen des Monopols sind die großen TNKs sowie die Kooperationen zwischen ihnen. Die internationalen Monopole konzentrieren sich in wenigen Akkumulationszentren. So haben 310 der 500 größten Konzerne der Welt, also mehr als 3/5 allein in den G7-Staaten USA, Japan, GER, F, GB, Canada und Italien ihre Heimatbasis. Nimmt man China hinzu, sind es fast 4/5.

Da das moderne Finanzkapital auf dem Monopol basiert, sind die Länder, in denen die meisten internationalen Monopole beheimatet sind, zugleich die größten Finanzmächte. Es sind diese Großmächte, die in den Gremien der internationalen Regulierung bestimmen:

- ab 1930: BIZ[\[14\]](#), 1944: „Bretton Woods“-Gremien: IWF, Weltbank, WTO-Vorläufer;
- seit 1975-6: G7, seit 2009 zunehmend die G20 (Einbeziehung der Schwellenländer); im Rahmen der EU: Der Europäische Rat und der Ministerrat.

Hauptträger der internationalen Regulierung sind die großen Nationalstaaten, Hauptformen sind zwischenstaatliche Abkommen und Gipfelvereinbarungen. Notenbanken, IWF und Weltbank, ESM, EU-Kommission sind vorwiegend ausführende Organe.

Die Rolle der großen Nationalstaaten nimmt nicht ab, sondern sie verändert sich:

Die Weltmarktexpansion der Monopole wird von den Staaten nach innen und außen gestützt. Das bedeutet Sozialabbau und Abbau von Demokratie im Inneren und Einsatz für die Interessen der für das jeweilige Land ausschlaggebenden Monopole in der Außenpolitik und auf den Weltgipfeln. Den nationalen Parlamenten verbleibt oft nur das Recht, die Entscheidungen der Weltgipfel bzw. der EU-Gipfel nachzuvollziehen.

So wie die großen Monopole in der internationalen Konkurrenz unterschiedlich abschneiden (vgl. dt und frz Autokonzerne), so hängt auch die Rangfolge der Staaten in der internationalen Hierarchie von ihrer Stärke ab. Lenin 1916: „Unter dem Kapitalismus ist für die Aufteilung der Interessen- und Einflussphären, der Kolonien usw. eine andere Grundlage als die Stärke der daran Beteiligten, ihre allgemeinwirtschaftliche, finanzielle, militärische und sonstige Stärke, nicht denkbar.“[\[15\]](#)

Das beste Beispiel, dass dies nach wie vor gilt, ist die EU. Ihre ganze Geschichte war immer auch eine Geschichte der Rivalität zwischen Frankreich und Deutschland um die Führungsrolle. Heute dominiert Deutschland ökonomisch. Zugleich versucht Frankreich zusammen mit GB eine außenpolitische und militärische Achse der EU zu formieren. Beispiele: Libyen, Syrien, ehemals franz. Kolonien in Afrika.

Die EU ist keine Kooperation gleichberechtigter Staaten, die auf Augenhöhe zusammenarbeiten, sondern eine Hegemonialordnung, in der die großen Staaten eine Art Direktorium ausüben und den kleinen Staaten den Status von Protektoraten zugewiesen wird. Es handelt sich um eine imperialistisch deformierte Integration.[\[16\]](#)

Eine demokratische Integration in Europa ist nur denkbar, wenn es zu grundlegenden antimonopolistischen Umwälzungen in den großen Ländern kommt, allem voran in

Deutschland. Was bis dahin von der EU übrig ist oder übrig bleibt, lässt sich heute allerdings kaum vorhersagen.

[1] Jörg Huffs Schmid hat auf die „bemerkenswerte Kontinuität“ der Monopole verwiesen: „Viele der heute führenden kapitalistischen Unternehmen waren auch vor hundert Jahren schon führende kapitalistische Unternehmen.“ (J.H., Weder toter Hund noch schlafender Löwe. Zur Theorie des SMK. 1996. In: MB 1-2010)

[2] Lenin zu Bucharin in der Programmdebatte der Bolschewiki 1919.

[3] Überakkumulation = Das Kapital wächst schneller als die Möglichkeiten seiner Verwertung.

[4] Siehe Fußnote 1

[5] Sonderfonds zur Stabilisierung der Finanzmärkte (480 Mrd. 900 Mio Verluste Dezember 2012)

[6] Großaktionäre und Manager von 9000 Unternehmen aus den 0,3% Großunternehmen nach IfM

[7] Das Ehepaar Paul und Kristin Achleitner ist allein in den AR von 7 der 30 DAX-Konzerne vertreten.

[8] „Premieren, Feste, Symposien oder Jubiläumsfestivitäten – es gibt viele Anlässe, bei denen die Größen aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft im Mittelpunkt stehen.“ Bildergalerie, handelsblatt.online 24.2.14

[9] Dazu gehören BDI, BDA, DIHT, Bundesverband für Groß und Außenhandel, Branchenverbände

[10] Präsidium: Kurt Joachim Lauk (Ex-VS Audi, Veba/EON, Daimler), Werner M. Bahlsen, Rainer Neske (VS Deutsche Bank), Stefan Schulte (VS-Vors. Fraport AG), Bettina Würth, Hugo Fiege (Fiege Logistics), etc.

[11] Jörg Kronauer, West-östliche Gehilfin. Junge Welt 17.1.2013

[12] Jörg Kronauer, Junge Welt 20.12.2012

[13] [Http://www.swp-berlin.org/de/ueber-uns.html](http://www.swp-berlin.org/de/ueber-uns.html)

[14] Bank der Zentralbanken, in der 60 Notenbanken vertreten sind.

[15] Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. LW 22, S. 300

[16] Allzu optimistischen Prognosen von einer Ausweitung der internationalen staatsmonopolistischen Regulierung hielt Heinz Jung schon 1979 entgegen: „Dass eine solche

Tendenz in der Logik der Entwicklung liegt, ist ebenso unbestreitbar, wie die Tendenz zum Weltmonopol. Aber die kapitalistische Konkurrenz und die imperialistische Rivalität rufen Gegentendenzen hervor, die diese Tendenzen nicht aufheben, aber doch den Grad ihrer Realisierung im historischen Prozess bestimmen.“ (Jung/Schleifstein, Die Theorie des SMK und ihre Kritiker in der BRD. 1979, S.101)